

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Beleggebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeb.). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Bekanntmachung 25 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf. Schluss der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 67377.

Nr. 133.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Donnerstag, den 11. Juni 1931.

13. Jahrgang.

Erzfeind von allem Heuchelschein,
Sei jedem Auge, was du bist;
Man muß in allen Augen sein,
Was man in Gottes Augen ist.

Gleim.

Arbeitslosigkeit unser Schicksal?

Von Dr. G. Drescher, Eisenach.

(Fortsetzung.)

2. Zustand und Wirkung.

Wir hatten 1928 drei Millionen, wir haben heute fünf Millionen Arbeitslose. Frankreich soll nur 50 000, die Vereinigten Staaten über 10 Millionen, England allein 3 1/2 Millionen, die ganze Welt rund 25 Millionen Arbeitslose haben. Die Angaben sollen genügen, um jedem wirtschaftlich Denkenden die Wirkungen zu zeigen, die sich ergeben allein durch den Ausfall der Kaufkraft der vormehr Verdienenden ohne die 4- bis 6-fache Zahl der Familienangehörigen. Allein in Deutschland bedeutet es die wirtschaftliche Ohnmacht des dritten Teiles der Gesamtbevölkerung. Es ist sicher das Maximum der zulässigen Spannung. Wenn wir vielleicht hier an eine Einwirkung der Arbeitslosigkeit auf die Wirtschaftsordnung denken, dann kann gesagt werden, daß es nie Zeiten ohne Arbeitslosigkeit gegeben hat. Saisonbetriebe, Arbeitsunwilligkeit, Streiks oder Aussperrungen sind hier zu nennen. Andererseits findet der Staat auch Mittel, nicht allein auf dem Wege der Unterstützung helfend einzugreifen; besondere Mittel, um eine drohende Arbeitslosigkeit abzumenden, hat er in der Arbeitsstreckung auf dem Wege der Verordnung gefunden.

Es fragt sich nur, ob man nicht die Wirtschaftsordnung an sich ändern müsse, um in Zukunft Arbeitslosigkeit zu vermeiden: von der liberal-kapitalistischen Seite aus gibt es sehr wenig Vorschläge. Die Vorschläge der Sozialisten gehen dahin, die Wirtschaft planmäßiger zu beeinflussen, ja, eine Planwirtschaft einzuführen im gemeinwirtschaftlichen Sinne. Mit einem Wort: Man will die Arbeit organisieren. Ein rein menschlicher Gedanke, der Gewinnstreben, nicht die Wirtschaftlichkeit, an letzte Stelle setzt. Gelingt es trotzdem nicht ganz, die Arbeitslosigkeit zu bannen, so fordert man unumwunden Sicherung der Existenz aus staatlichen Mitteln. Es sind dies zwei Dinge, um die wir uns sehr ernstlich zu kümmern haben, wenn wir von Wirtschaftspolitik, von Wirtschafts-demokratie, von neuen Währungen, von der Arbeitsmark oder gar von der Brechung der Zinsknechtschaft immer reden wollen. Man braucht deshalb nicht zu übertreiben und den Sozialismus überhaupt als Weltanschauung der Arbeitslosen zu bezeichnen.

Weil wir einmal beim Sozialen angelangt sind, ist es gerechtfertigt, wenn wir kurz die Tatsachen der Arbeitslosigkeit, ihre Wirkungen nach der gesellschaftlichen Seite hin, sprechen lassen. Wir zeigten oben, daß wir wirtschaftlich in einer Konjunkturkrise, in einer Dauerkrise, uns befinden. Gesellschaftlich gesehen, sind wir außerdem noch in einer Strukturkrise. Dort keine Arbeitsmöglichkeit, kein Wiederaufleben der Wirtschaft, hier aber eine dauernde Not. Es gibt kein Weiterleben, nur ein Fortvegetieren für kinderreiche Familien. Besonders schlimm sind körperliche und seelische Folgen der Arbeitslosigkeit. Die Arbeitskraft wird gemindert. Ja, Menschen, die eine lange Zeit arbeitslos waren, konnten ihre alte Arbeit nicht wieder aufnehmen. Nach der moralischen Seite hin zeigen sich andere Schäden. Bis in den helllichten Tag hinein wird geschlafen, einmal aus Stumpfsinn, zum andern, um zu sparen. Nach der politischen Seite hin darf es uns nicht wundern, wenn die größten und meisten Radikalismen der Arbeitslosigkeit sind und dort noch radikaler werden (vergl. Notverordnung des Reichspräsidenten vom 28. 3. 31. „Osterbotschaft“). Alles Volksmühsal, im besten Sinn Nationale, alle Erziehung, Vernunft und Glauben, ja, das Volk im Ganzen, müssen aufhören, wenn es so weiterleben soll ohne Anrecht auf tägliches Brot. Und wenn nicht alle Zeichen trügen, bedeutet diese Arbeitslosigkeit die Schicksalswende, nicht nur des Einzelnen, auch des ganzen Volkes. Wie können wir aber diesem Uebel abhelfen? Das ist die Kardinalfrage.

3. Abhilfe.

Vonderlin, dessen 100. Geburtstag wir am 6. März in ganz Deutschland feierten, hat sich als erster eingeseht in Wort und Tat für die Siedlung. Mehr Licht, mehr Luft und eigene Scholle! Er meinte, nicht mit Geld,

sondern mit Arbeit solle man dem Volkseind der Arbeitslosigkeit abhelfen. So ist uns das Wort von der produktiven Erwerbslosenfürsorge nach dem Kriege und der Inflation sehr geläufig gewesen. Heute hat man es wieder vergessen. Weshalb? Weil die Unterstützung einfacher und billiger ist für die Behörden. Sie kostet wohl sehr viel weniger als die Arbeitsbeschaffung, sie rechnet aber nicht mit deren Erfolgen nach der seelischen Seite hin. Gewiß, vorerst können auch die Erwerbslosen noch unterstützt werden, weil sie versichert sind. Der Gedanke einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit geht zurück auf die Selbsthilfe der bedrohten Arbeiter. So sind die Gewerkschaften frühzeitig dazu übergegangen, ihre arbeitslosen Mitglieder zu unterstützen. Das sogenannte Genter System ist so ausgebaut, daß den unterstützten Gewerkschaften von Stadt und Staat Zuschüsse gegeben werden. Freilich können hier nur die gelernten Arbeiter unterstützt werden. Und meistens wurden doch die ungelerten Arbeiter zuerst erwerbslos! Deshalb ging England schon 1911 zur staatlichen Pflichtversicherung über. Zwar wurde das Genter System 1927 noch eingeführt in den nordischen Ländern, in Frankreich, Spanien, in der Schweiz und in der Tschechoslowakei.

Die englische Zwangsversicherung wurde nachgeahmt von Bulgarien, Italien, Österreich, Polen und Deutschland. Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927 sah die Versicherung aller sonstigen Pflichtversicherten vor, auch von Angestellten unter 8 400 Mark Gehalt. Die Hauptleistung besteht in der Arbeitslosenunterstützung. Bedingung ist, daß der Arbeitslose 26 Wochen lang Beiträge während des letzten vorangehenden Jahres entrichtet hat und ohne eigenes Verschulden arbeitslos wurde. Bei ungünstiger Lage des Arbeitsmarktes kann die Unterstützungsdauer von 26 Wochen auf 39 Wochen ausgedehnt werden. Bei besonders ungünstiger Lage des Arbeitsmarktes wird Krisenunterstützung gewährt für eine Dauer von 39 Wochen. Die Kosten dafür werden zu 4 Fünfteln vom Reich, zu einem Fünftel von der Gemeinde getragen, bei der Arbeitslosenunterstützung dagegen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer je zur Hälfte (erst 4 1/2 Prozent, 1931 aber 6

Prozent vom Lohn). Eingezogen werden die Beiträge durch die Krankenkasse. Bei der katastrophalen Arbeitslosigkeit kommt jedoch die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mit den Beiträgen nicht aus und muß ständig vom Reich mit Hunderten von Millionen unterstützt werden. So haben die Gesamtkosten einschließlich derer der Wohlfahrtsämter im letzten Halbjahr bis 31. Dezember 1930 rund 5 Milliarden Mark betragen. Die Zahl der Wohlfahrtsdienstleistungen, der Ausgesteuerten, ist von 1930 bis 1931 von 300 000 auf 800 000 gestiegen. Da nun auch die Städte die Kosten für die Wohlfahrtsdienstleistungen (nach Ablauf der Krisenunterstützung springt das städtische Wohlfahrtsamt ein) auf die Dauer unendlich tragen können, hat man vom Deutschen Städtetag aus den Vorschlag gemacht, beide Unterstützungen zu einer Einheit zusammenzufassen. Man spricht deshalb von einer Reichsarbeitslosenhilfe. Es handelt sich nur um einen Entwurf. Man weiß nicht, welche Stellen für die Bedürftigkeitsprüfung (Bezirksfürsorgeverband) und für die Nachprüfung der Arbeitsfähigkeit und Arbeitswilligkeit (Arbeitsamt) zuständig sind. Es wäre bestimmt gut, die bisherige Dreiteilung aufzugeben, um zu einer einfacheren und übersichtlicheren Handhabung zu kommen, schon im Interesse der Verwaltungstechnik. Dann gäbe es nur eine Arbeitslosenunterstützung, und man müßte sich mehr der Wiederbeschaffung von Arbeit als der Sorge um weitere Unterstützungen zuwenden. Die Arbeitsbeschaffung müßte in erster Linie der Gemeinwirtschaft zugute kommen: Bahnbauten, Verkehrswege, Kanalisation. An zweiter Stelle käme die Wohnungswirtschaft in Betracht, so Schaffung von Wohnstätten mit Gärten und damit eng verbunden Herrichtung neuer Siedlungen. Siedlung und Regelung der Wirtschaft bleiben heute ja Hauptforderungen für eine Wandlung unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage in Deutschland. So haben z. B. Erhöhung der Löhne und Senkung der Löhne ohne entsprechende Preisförmung und Anpassung der Wirtschaft nur eine ganz einseitige Wirkung, die auf die Dauer den ganzen Wirtschaftsorganismus schwächen muß. Schluß folgt.

Der Parteitag der SPD.

Das Bürgertum kann an diesem Parteitag der SPD nicht vorübergehen, ohne sich auf das eingehendste mit ihm zu beschäftigen, denn noch zwingt die SPD der deutschen Innen- und Außenpolitik das Gesetz des Handelns auf. Der Parteitag der SPD hat es deutlich genug ausgesprochen, in welcher erheblichen Maße das Kabinett Brüning von der SPD abhängig war und auch künftig sein wird, wie stark die Notverordnungen dieses Kabinetts von der SPD beeinflusst wurden.

Auftritt. Nach der bürgerlich-kapitalistischen Tagesmeinung soll die SPD ja Zerfährungserscheinungen aufweisen und man erwartete, wenn auch nicht gerade eine Spaltung, so doch schwere Konflikte. Wer aber die außerordentlich kluge und geschickte Regie der Parteibürokratie kennt, mußte im Voraus, daß bei diesen Erwartungen der Wunsch der Vater des Gedankens war.

Selbstverständlich machte sich im Verlaufe der Verhandlungen eine starke Opposition geltend, die den nötigen Resonanzboden auf den Tribünen fand. In der Hauptsache stellte Schlesien und Sachsen die Oppositionsredner, in welchen industrialisierten Ländern die revolutionäre Haltung, diktiert von der sie besonders stark betreffenden Wirtschaftskrise, der evolutionären Haltung der Parteibürokratie gegenüber steht. Um es gleich vorweg zu nehmen, die Regie klappte auch hier, die Rollen waren gut besetzt und verteilt und die Parteibürokratie kann mit dem Bewußtsein nach Hause gehen, einen Sieg errufen zu haben. Man muß den Ablauf solcher Parteitage studieren, um feststellen zu können, daß schon im Vorwege die nötigen Vorbereitungen getroffen sind, um den Sieg des Parteivorstandes sicherzustellen. Der Parteitag ist großartig, er unterdrückt keine gegenteilige Meinung, er gibt Opposition und Tribüne Gelegenheit, ihrer Meinung Ausdruck zu verleihen, hat aber entsprechend formulierte Entwürfe schon zur Hand, die dem Vorstand eine Mehrheit sichern. In Leipzig wie im Reichstage klappt meistens die Regie. Nur dadurch war die Stabilisation der Machtverhältnisse der Weimarer Parteien sicherzustellen, eine Stabilisation, die jeden Machtwechsel auf legalem Wege so gut wie ausschließt. Denn die Sozialdemokratie hat in Leipzig ganz offen erklärt, daß sie sofort ihre Massen ansetzen wird, wenn die

Rechtsopposition auf legalem Wege zur Macht gelangen sollte. Bedingte Staatsgeföhrnung! Das hat mit Demokratie allerdings nichts mehr zu tun.

Wirtschaftsanarchie und Arbeiterklasse war das Hauptreferat, und man darf auch als Gegner der SPD anerkennen, daß dieses Referat eine glänzende und tief-schürfende Leistung war. Man geht den Dingen bis auf den Grund. Man setzt ohne Rücksicht die Sonde an, und es könnte allen nationalen Parteien und Bündnissen nur anempfohlen werden, daß sie ihre Tagungen gleich gründlich und wissenschaftlich vorbereiten. Solche gründliche Arbeit stellt aber auch vor Entscheidungen und auf dem Gebiete der Wirtschaft bewegt man sich nur ungern. Die Gegenstände im bürgerlichen Lager sind hier zu groß.

Einen breiten Raum des Referates in Leipzig nimmt die Beweisführung für den Monopolkapitalismus und seine Wirkungen ein. Man kann der SPD nicht vorwerfen, daß sie nicht schon früher die Wirkungen des Monopolkapitalismus erkannt habe. Das Görlicher Programm beweist das. Aber man verzichtete auf propagandistische Auswertung der Erkenntnisse.

Die Arbeit der Rechten, insbesondere der Nationalsozialisten, zwingt nun die SPD, die Frage des Monopolkapitalismus als Propagandamittel aufzugreifen, weil seine Wirkungen gerade auf die Arbeiterschaft solche entsehlische sind, daß auch die Parteibürokratie aus taktischen Gründen nicht mehr daran vorübergehen kann.

Was verbirgt sich hinter dem Schlagwort „Monopolkapitalismus“ anders als „Hochfinanz“, „Finanzkapital“, „raffendes Kapital“, — sofort taucht die Gedankenreihe auf: Bank, Börse, Anhäufung der Geldmacht in wenigen Händen, wer sind die ungekrönten Könige? Die SPD hat kein Interesse daran, daß eine solche Gedankenreihe entsteht, darum prägt sie das Wort „Monopolkapitalismus“, denn mit diesem Schlagwort kann man ebenfögrut die bodenständige Industrie wie den landwirtschaftlichen Besitz als Angriffsobjekt bezeichnen, die heute doch mehr oder weniger vom Monopolkapital kontrolliert werden! Der „Monopolkapitalismus“ organisiert Wirtschaftsbereiche, nicht aber die Volkswirtschaft. Wenn auch unausgesprochen, so ist in dieser Feststellung gesagt, daß Deutschland zu einem solchen Wirtschaftsbereich (wir

nannten es immer Wirtschaftsprüfung) des Finanzkapitals geworden ist. Man kann sich über diese Erkenntnis bei der SPD nur freuen. Wer aber nun meint, daß die nächste Forderung die sein müsse, den Kampf gegen ein Finanzkapital zu führen, das aus Deutschland einen Wirtschaftsbezirk gemacht hat, der täuscht sich, denn die nächste Forderung heißt: „Heran mit den Milliarden des Auslandskapitals, auf die Deutschland angewiesen ist.“ Einerseits Bekämpfung des Monopol-Kapitalismus, andererseits mehr Finanzkapital für Deutschland. Welche Widersprüche! Das Finanzkapital mit dem Finanzkapital überwinden zu wollen, heißt Beelzebub mit dem Teufel austreiben. Das Finanzkapital hat die unangenehme Eigenschaft, sich nach folgenden Gesichtspunkten zu orientieren: Es fordert die größtmögliche Sicherheit. Es will höchstmöglichen Profit erzielen. Es entzieht zum mindesten den Profit in der Gestalt einer Rendite der betreffenden Volkswirtschaft und wandert in unkontrollierbare Auslandshände. Je geringer die Sicherheit der Anlage, um so höher soll die Rendite sein, bezw. der Zinsfuß. Und das ist nach kapitalistischem Denken durchaus richtig. Die SPD dürfte kaum Auslandskapital finden, das sich ohne entsprechende Sicherheit der Einlage und ohne entsprechende Rendite zur Finanzierung des Kampfes der Sozialdemokratie gegen den Monopol-Kapitalismus bereit findet. Die Höhe der Rendite wird einerseits durch Hochhaltung der Preise, andererseits durch Senkung der Produktionskosten erzielt. Schließlich gehören zu den Produktionskosten auch Löhne und Soziallasten. Wenn die SPD also mehr Auslandskapital fordert, so bewirkt sie mit der Herannahme von Auslandskapital die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, des Lohnniveaus und der sozialen Sicherung. Oder sie vertraut auf ihre Macht als politischer Faktor, der über das Volkseinkommen zu bestimmen hat und hält trotz der oben angelegten Tendenz des Auslandskapitals Löhne und Soziallasten hoch. Das aber kann nur geschehen auf Kosten der Bildung von Eigenkapital. So gedacht wäre dann allerdings die Herannahme von Auslandskapital der Weg zur Sozialisierung und Proletarisierung. Aber zugleich auch der Weg zur ewigen Tributverpflichtung aus der sich ergebenden Verschuldung. Ueber die Folgen der Herannahme von Auslandskapital, von Milliarden, das sei nochmals betont, schweigt sich der Parteitag allerdings aus, obwohl die Folgen gerade für die Arbeiterschaft katastrophal sind, denn die Verschuldung an das Ausland ist stets mit dem Verlust wirtschaftlicher und politischer Freiheit verbunden. Ob der Monopol-Kapitalismus bei dieser Sachlage bereit ist, Anlage in einem Reich zu suchen, in dem eine Partei die wichtigsten Machtpositionen inne hat, die ihm den Garau machen will, scheint mir sehr fraglich.

Ob die Rebellion gegen den Monopol-Kapitalismus (Professor Nölting, Frankfurt, äußerte sich auf dem Parteitag, daß der Nationalsozialismus beweise, daß das indifferente Bürgertum seine erste Rebellion gegen den Monopol-Kapitalismus durchführte) zum Ziele führt, hängt im wesentlichen von der Taktik der SPD ab. Gelingt es ihr, wie in den letzten 10 Jahren, diese Rebellion in eine ihm genehme Fronttrichtung zu bringen, also den drohenden Kampf gegen den äußeren anonymen Feind „Weltkapitalismus“ in einen Kampf nach innen zu drehen, dann kann eine weitere Verschiebung der Entscheidung eintreten.

Einen sehr breiten Raum nehmen im Verlaufe des Parteitages die Formulierungen des Kampfes gegen den

Faschismus und die Behandlung der Fragen der Taktik ein. Man erfährt da manches, was man zwar schon wußte, was aber immerhin aus berufenem Munde zu hören wertvoll ist.

Dem Sinne nach erklären: Breitscheid, der Außenpolitiker der SPD, der in den politischen Salons Berlins und Paris zu Hause ist: Die Regierung Brüning ist die Gefangene der SPD; die Notverordnungen tragen den Stempel der Verhandlungen der SPD mit Brüning. Der Faschismus ist mit Hilfe des indifferenten Bürgertums und durch Ausnutzung der Gegensätze im bürgerlichen Lager niedergeworfen. Zentrum und katholische Kirche werden von der SPD aus taktischen Gründen in die Rolle des Preiskämpfers gegen den Nationalsozialismus zu Gunsten der Sozialdemokratie hineingelavert. Die SPD sei gewillt, Brüning so lange zu tolerieren, als er ihr als Schutzwall gegen den Faschismus dienlich sei. Keine Stunde länger, denn das Maß sei voll.

Das sind recht interessante Feststellungen, insbesondere wird hier dem Bürgertum und der katholischen Kirche eine Aufgabe zugemutet, deren Erfolg allein der SPD zugute kommt. Nachdem die Taktik der SPD von allen Rednern verteidigt und gutgeheißen wurde, weiß man mehr die Rechtsopposition, daß alle ihre Anstrengungen, sich Einfluß und Macht zu verschaffen, umsonst sein müssen, wenn sie nicht in äußerst geschickten Gegenzügen die SPD mattpfezt, daß sie die bürgerlichen Parteien aus der ihr zugemuteten Dienerrolle zu Gunsten der SPD befreit, oder Verhältnisse schafft, die der SPD weitere Tolerierung eines Kabinetts Brüning nicht mehr ermöglichen.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich betonen, daß ein Kampf gegen die Sozialdemokratie nicht ein Kampf gegen Demokratie, deutsche Arbeiterschaft und deren wirtschaftliche Forderungen zu sein braucht. Er darf es niemals werden. Kampf gegen die Sozialdemokratie ist Kampf gegen eine Parteibürokratie, die einen Staat im Staat aufgebaut hat und erhält. Niemand kann zweien Herren dienen — Staat oder Partei. Nicht aber Staat und Partei. Einem Gegner, der mit allen Mitteln bis zur Verleugnung seiner Grundsätze aus Nachterhaltungstrieb den Kampf gegen einen Volksteil propagiert und zur Durchführung dieses Kampfes sich sowohl des Bürgertums als auch der Kirche zu bedienen weiß, hat keinen Anspruch darauf, mit anderen Mitteln bekämpft zu werden, als die er selbst anzuwenden gedenkt.

Der Parteitag zeigte in manchen Reden Gedanken, die sehr wohl als Brücke für einen Ausgleich der Gegensätze dienen könnten. Ich denke da z. B. an Professor Nölting, Frankfurt, der eine bessere Einschätzung des Nationalismus verlangte und vor allem sich mit aller Schärfe gegen die Verwilderung der Geister in der Partei wandte. Es gibt also Brücken. Routiniers und Parteibürokratie werden leider dafür sorgen, daß diese Brücken gesprengt werden. Der Parteitag zeigt uns eine glänzende Kritik des indifferenten Bürgertums, seines Mangels an politischen Erkenntnissen und an politischer Willensbildung. Unsere bürgerlichen Parteien könnten aus dieser sehr beachtenswerten Kritik eines Gegners, der sie ausdrücklich nur noch als Hilfstruppen kennzeichnet, recht viel lernen. Sowohl auf dem Gebiete der Taktik, als auch auf dem der Propaganda und der Regie, aber auch auf dem Gebiete der politischen Schulung und des Wirtschaftsdenkens.

Ob die Neuformung des nationalen und wirtschaftlichen Gemeinschaftslebens der Sozialismus sein wird,

oder besser gesagt, nicht sein wird, das ist eine Frage, die noch nicht entschieden ist. Wer den Sozialismus als Wachstumsidee aufgefaßt wissen will, wird für eine spätere Zeit den Sozialismus als gegebene Wirtschaftsform ansehen. Sicher aber ist, daß ein solcher Sozialismus niemals das Gesicht parteiamtlicher Prägung tragen wird. Vielleicht zeigt dieser Sozialismus das Gesicht einer Wirtschaftsordnung, die man am besten mit dem Begriff „Faschismus“ belegt, eine Wirtschaftsordnung, mit der sich der deutsche Arbeiter zweifelsohne besser abfindet als mit der Wirtschaftsordnung eines marxistischen Sozialismus, der sich zu seinem Aufbau den Monopol-Kapitalismus herbeiholt und damit die Nation in ständigem Abhängigkeitsverhältnis hält.

Die Idee, die Menschheit glücklich zu machen, auch den einfachsten, ärmsten Menschen, begeistert. Wege und Mittel, die über die politische, kulturelle und wirtschaftliche Vernichtung einzelner Stände zum Ziele führen sollen, sind abzulehnen.

F. V. A.

Von der Politik der Betrachtung zur Politik des Willens und der Tat.

In Nr. 124 des „Aufwärts“ vom 31. 5. wird in der Uebersicht „Was vorgeht“ u. a. dargelegt, daß die unzulängliche Brüningregierung vor dem Fiasko stehe, und daß keine von der Sozialdemokratie abhängige Regierung den Niedergang Deutschlands aufhalten könne. Diese Betrachtungen sind richtig. Aber der Verfasser vermeidet es, aus der geschilderten trostlosen Lage praktische politische Folgerungen zu ziehen, politische mögliche Ziele aufzustellen und zu bestimmten politischen Taten zur Milderung der verzweifeltsten Verhältnisse aufzufordern. Wenn das nach der Tendenz des „Aufwärts“ nicht Aufgabe der Schriftleitung sein mag, so sei es einem Leser erlaubt, eine Antwort zu geben auf die in zahllosen Herzen brennende Frage: Was sollen wir denn zu unserer Rettung tun? Welcher Gedanken und welches Handelns ist denn das Gebot der Stunde? Uns drängt sich folgende Antwort auf: Die entsetzlichen Zustände in Deutschland haben sich zu ihrer gegenwärtigen Höhe entwickelt unter der 13-jährigen Herrschaft der Sozialdemokratie und des Zentrums: drohender finanzieller und wirtschaftlicher Zusammenbruch im Inneren, schmachvolle Versklavung nach außen. Brüning selbst erklärt, es seien unerhörte Fehler gemacht worden. Solange diese Parteien aber am Ruder bleiben, ist ein Umschwung ausgeschlossen.

Darum ergibt sich als Ceterum censeo, als Fundamentaltatsache der Politik der Rettung: Sozialdemokratie und Zentrum müssen aus ihrer Machtstellung gestürzt werden. Wie ist das möglich? Die einzigen Parteien, die diesen Gedanken klar erfaßt haben und mutig, konsequent und erfolgreich durchzuführen am Werke sind, sind die deutschnationale Volkspartei und die Nationalsozialistische Partei. Die Mittelparteien (Deutsche Volkspartei, Staatspartei, Evang.-Soz. Volksdienst usw.) stützen zur Zeit noch direkt oder indirekt die schwarzrote Macht. Das Gebot der Stunde aber lautet: Entschlossene Unterstützung der deutschnationalen und der Nationalsozialisten in ihrem Kampfe gegen das erwiesene unfähige verhängnisvolle Regiment der schwarz-roten Koalition. Es wäre Blindheit anzunehmen, daß ohne diese beiden großen radikalen Rechtsparteien ein Sturz der Sozialdemokratie und des Zentrums jemals erreicht werden könnte. Die Schlüsselstellung der schwarz-roten Macht ist Preußen.

Erquickende Erholungsmöglichkeiten für Pfarrer und Pfarrfrauen

nach Leib und Seele wurden für viele schon die Pfarrer- und Pfarrfrauenfreizeiten in den Diakonissen- und Erholungshäusern des Deutschen Gemeinschaftsdiakonienverbandes. Deshalb möchte ich alle, die so etwas suchen, auf die Pfarrer- und Pfarrfrauenfreizeit, die gleichzeitig vom 7. bis 17. September 1931 in dem Diakonissenheim „Tessengrund“ in Rathen, in der schönen sächs. Schweiz stattfinden, hinweisen.

Wie wohlthuend wirkt schon auf den abgespannten Körper und die Nerven die freundliche, liebevolle Aufnahme und Behandlung, die zarte Aufmerksamkeit, von der man dort umgeben ist. Wie herrlich ist die Umgebung Rathens, von der wir an den Nachmittagen gewöhnlich gemeinsam ein Stück durchwandern oder auch durchfahren. Wie gut ist die Verpflegung, wie mäßig die Preise. Für Wohnung und gute Verköstigung werden nur 3 Mark täglich berechnet. Für den inneren Menschen wird auch gesorgt. An den Vormittagen werden gesegnete Jünger Jesu folgende Themen behandeln: „Reich Gottes und Pfarreramt“ (Pf. Vic. Thimme). „Jesu Vermächtnis nach Joh. 14“ (Pf. Mobergohn-Blankenburg). „Blicke in die Offenbarung Johannis“ (Pf. Rudolph-Chemnitz). Für den Pfarrer in unserer Zeit: 1. Petri 2, 1—12“ (Pfarrer Kramelitzki-Marburg). Die Pfarrfrauenfreizeit wird von Frau Pf. Boedel-Elbingerode geleitet.

Amtsbrüder, die sich nach körperlicher Erholung und nach innerer Erquickung sehnen, müde Pfarrfrauen, die der Ausspannung bedürfen, werden herzlich von einem, der's ausprobieren hat, gebeten, einen Versuch zu machen und sich im Diakonissenheim „Tessengrund“ in Rathen a. d. Elbe anzumelden. Sie werden bereichert, erquickt, fröhlich wieder heimgehen und mit neuer Freude ihren Dienst tun.

Wenn diese Zeit unpassend ist, gehe zu einer der folgenden Pfarrerfreizeiten in Häusern desselben Verbandes und der gleichen Güte: 8. bis 19. Juni im Diakonissenhaus „Sebron“ in Marburg a. d. Lahn, dort wirkt u. a. der Evangelist Dr. jur. Berg mit; vom 21. Juli bis 2. August im Diakonissenhaus „Hersfollshöhe“ in Gunzenhausen bei Nürnberg, Bayern, wo Pf. Groß-Blankenburg u. a. dienen werden; vom 11. bis 21. August im Diakonissenhaus „Neuandsburg“ in Elbingerode a. Harz, dort

wird u. a. Evangelist Pf. Flemming mitwirken. In allen Häusern weht derselbe Geist, wird dieselbe Erquickung nach Leib und Seele geboten.

Pf. Dybeck, Auerbach, Erzgeb.

Reichstagung der ev. Jungmädchenvereine.

Die Jungmädchentagung in Hannover, die alles in allem etwa 6000—7000 junge Mädchen aus dem Reich, aus Provinz und Stadt Hannover vereinigte, faßte ihre geistige Arbeit zusammen in dem Leitwort: Dein Reich komme, die Welt des Glaubens und des Gottesreiches als Ziel und Zukunft der Weltgeschichte! Von dieser Zielsetzung aus beschäftigt sie sich am ersten Tage mit den Fragen der Mission. Missionsinspektor Hannig, Barmen, sprach über das Werk des Geistes unter den Völkern. Am zweiten Tage führte Fräulein van Wijk van Wijk, Holland, die Vorsitzende des Christlichen Weltbundes der Jungmädchenvereine, die jungen Scharen in die tiefen Fragen der überweltlichen Gemeinschaft der Christenheit ein. Zwischen christlicher und humanitärer Internationalität ist eine tiefe Kluft. Die eine lebt aus den Kräften des Gehorsams und des Denkens gegen den Willen und die Erlösung Gottes. Die andere von der Ideenwelt menschlicher Ziele und Ordnungen. Völkerverbindende Arbeit ist nötig, weil jedes Volk mit der ihm von Gott gegebenen Eigenart der Welt zu dienen hat und für seine Mängel und Schwächen von dem Reichtum der anderen zu leben hat. Nicht, daß die Gegensätze verwischt werden, sondern so, daß die Unterschiede charaktervoll herausgearbeitet werden, treu der Schöpfung Gottes, und daß diese Unterschiede in seiner Erlösung und in seinem Reich zu einer höheren Einheit aufeinanderwachsen. Der Kampf des Geistes wider die Not des Volkes, hieß der Schlußvortrag von Pastor D. Jeep, der die Tagung abschloß. Da sollte die evangelische Jungmädchenschaft lernen, mit ihrer Kraft des Glaubens heranzugehen an die tausendfältigen Nöte und Sünden im Leben des Volkes.

Mit der Reichstagung verband sich die 25. Jahrfeier des Landesverbandes der hannoverschen Jungmädchenvereine. Sie fand statt in der Form einer Geburtstagsfeier, in deren Verlauf dem Vorsitzenden des hannoverschen Landesverbandes, Jugendpastor Kayser, im Auftrag des preussischen Wohlfahrtsministers die bronzene Plakette für Verdienste in der Jugendarbeit überreicht wurde. Am Pfingstmontag waren die hannoverschen Vertreter aus der ganzen Provinz zu einem eintägigen Treffen nach Hannover gekommen. Morgens hörten sie in den großen innerstädtischen Kirchen auf die Predigt des früheren Vorsitzenden des Verbandes. Am Nachmittag fand die Feier ihren Höhepunkt in der großen Stadionfeier, in der Reichstagung, Jubiläumstagung und die Einwohnerstadt Hannover an die 10 000 Menschen zusammenbrachten. Hier zeigte evangelische Mädchenarbeit, in welcher Art sie zeitgemäße Lebensübung in den Rahmen ihrer umfassenden Erziehungsarbeit hineinstellt: Allgemeine Beteiligung, keine Spitzenleistungen, keine Rekordsucht, ganz schlichte, aber gut durchgeführte Gymnastik. Im Anschluß daran eine 5-Minuten-Gymnastik aller Teilnehmer, ganz gleich, ob sie im Turnanzug waren oder im hellen Sommerkleid, hinterher Reigen, eine Städtefestschere, Kanonfingen und dann wieder ein Schlußwort, das über das Spiel des Lebens und seiner Freude hinauswies auf das kommende Reich Gottes, das alle Leblichkeit dieser Erde verkörpern werde.

Das andere große Besondere der Mädchentagung war das Sing- und Sprecherspiel: Sein Reich kommt. Pfarrer Rietzschmüller hat es eigens für die Hannover-Tagung geschaffen. Die Jugendvereine der Stadt Hannover hatten es eingeübt. Es gibt in kurzen knappen Zügen die religiöse Geschichte der Menschheit: Vergehen und Vergehen in Not und Leid, warten auf Heil und Erlösung, das Kommen Jesu und das Schicksal seiner Kreuzigung, das Wiederkommen des erhöhten Herrn zum Gericht. Sprechchöre von 400 Mitwirkenden, die Verbindung von Sing- und Sprechchören, die innerste Hingabe von 400 jungen Menschen an das Werk, das sie zur Darbietung bringen, das alles gibt immer wieder einen tiefen Gewinn für Hörer und Mitwirkende. In diesem Spiel hat die evangelische Jugend den Sprechchor in ihre Arbeit einbezogen und ihm Thema und Aufgabe aus dem Wesen ihrer Arbeit gegeben.

Pfingstdienstagabend war die Tagung zu Ende. Es folgten die üblichen Vorstandssitzungen und Ausschlußberatungen. Für die 7 000 Mädchen, die an der Hannover-Tagung der evangelischen weiblichen Jugend teilgenommen hatten, ist Hannover lebendige Vergangenheit, die für die Aufgabe der Zukunft neue Wege zeigt.

Der Preußen Schupo, mit seinem Reichskanzler B. Preußen von der Reichsregierung. Weg mit der mit der schwarz-Parole, die ein k. den die beiden k. ter Stunde auf.

gen weggesetzt sin innere und äußer Eugenbergs schon entweder mit G. rote Herrschaft, schwarzrote Herr jeder Deutsche oder nach beiden Partei mit schöne den, dafür ist die schaft der jetzt re cher immer tiefer heiten ins Auge Milderung des R fen zu handeln.

Der Entwurf: colution“, kann machen. Ist die j. Freiheit zu schük. ten Staate der Ueberzeugung w gen oder gar ern mit rücksichtslos gen können? D

Mit der Rück des Reichsministe dender Abschnitt sich darum, was m. Die Kritik, die so maßnahmen geübt noch schärfer als s scheint ferner in p gen zu sein.

Klarheit über wird sich natürlich nach dem Empfa Abänderungswün Widerstand zu sto eine Umarbeitung rigkeiten verbunden nicht abzusehen ist die Abänderungs zeitig widerprech liche Abänderung finanzielle Ertrag

Auf jeden F verlautet, wird d Bericht des Ranzl spruchungen in E daran wird sich d um dort dem Reie Erholung weilt, Nach der Unterrie denten beginnt d mutlich bis in die

Borbrüchlich der Tribut und mit temper Frage jetzt nichts lang praktische W davon überzeugen nahmen ergrißen liegt, zu beileigen etwa drei Wochen wird, so daß dam von Deutschland i

Die im Aus forderung eines

Macdonald

Brüning und Cu gram

Wie offiziell während ihrer U geber zu einem Macdonald und ladung mit Dant zelheiten des eng festgelegt werden

monat der Juli in Reichszugler Dr. Curtius habe mit dem Mond-S sich die deutliche lich des Diners a lichen Gastgebern hof außer den H terkassafretär i geordnete Church schienen. Auch de stein, gab den de

Der Sonderz der Bürgermeiste lianen war. Di

eine Frage, als eine spärliche Form des Sozialismus nie angenommen wird. Nicht einer dem Begriff, mit der Schindet als Sozialismus, Kapitalismus, d. B. A.

Der Tat.

ird in der die unzu- stehe, und die Regie- n könne. fasser ver- praktische liche Ziele Taten zur zuzufordern. nicht Auf- dem Leser losen Her- zu unserer Handelnde folgende Deutschland dakt unter und des schäftlicher ersklavung unerhört teien aber lassen.

undamenten- ratie und st werden. die diesen quent und sind die Sozialisti- lksparlei, ügen zur nach. Das Verhütung ten in ih- rabhängig- Es wäre in großen demokra- nnte. Die Preußen.

überreicht chen Ver- egen Treß- ie in den des frü- ittag fand dionfeier, Einwoh- zusammen- wort, in wel- nehmen ih- t: Allge- e Rekord- ymnastik. aller Tei- n oder im Städtesta- wort, das ausweis- irdlichkeit

ung war nt. Pfar- r-Tagung über hat- ügen die und Ver- Erlösung, euzigung, Gericht. ung von von 400 arbietung fesen Ge- Spiel hat e Arbeit dem Be- Ende. Es Auschuß- r-Tagung men hat- für die

Wer Preußen mit seinem Beamtenheer, mit seiner Schupo, mit seiner Schule hat, hat das Reich. Weil der Reichskanzler Brüning sich weigert, das Zentrum in Preußen von der Sozialdemokratie zu lösen, muß auch die Reichsregierung Brüning rücksichtslos bekämpfen werden. Weg mit der Regierung Brüning im Reich und weg mit der schwarzroten Regierung in Preußen, das ist die Parole, die ein klares Ziel zeigt, und zu dieser Tat fordern die beiden Rechtsparteien das deutsche Volk in letzter Stunde auf. Erst wenn die gegenwärtigen Regierungen weggeworfen sind, wird die Bahn frei für eine ganz neue innere und äußere Politik, für die übrigens der Führer Hugenberg schon deutliche Richtlinien aufgestellt hat. Also entweder mit Hugenberg und Hitler gegen die schwarzrote Herrschaft, oder mit Brüning und Braun für die schwarzrote Herrschaft — vor diese Entscheidung ist jetzt jeder Deutsche gestellt. Der Entscheidung auszuweichen oder nach beiden Seiten zu hinken, oder gar eine neue Partei mit schönem Programm aber ohne Macht zu gründen, dafür ist die Lage fürwahr zu ernst. Unter der Herrschaft der jetzt regierenden Parteien sinkt Deutschland sicher immer tiefer, jetzt gilt es, die vorhandenen Wirklichkeiten ins Auge zu fassen, die einzige Möglichkeit einer Wende des Kurzes zu erkennen und danach entschlossen zu handeln.

Der Einwurf: „Eine Rechtsregierung bedeutet die Revolution“, kann nur auf schwächliche Gemüter Eindruck machen. Ist die jetzige Regierung im Stande, Leben und Freiheit zu schützen? Werden nicht fast täglich „im freien Staat der Welt“ Menschen nur um ihrer politischen Überzeugung willen auf offener Straße niedergeschlagen oder gar ermordet. Sollte nicht eine Rechtsregierung mit rücksichtsloser Energie sehr schnell für Ordnung sorgen können? Dürfen überhaupt tapferere Männer durch

Hinweise auf Schwierigkeiten und gewalttätige Oppositionen sich von dem als recht erkannten Wege abschrecken lassen? Wie weit wäre Bismarck gekommen, wenn er sich von solchen Warnungen hätte beeinflussen lassen! Bekanntlich sah König Wilhelm schon das Schaffott unter den Linden für sich und seinen Ministerpräsidenten aufgerichtet. Aber der eiserne Kanzler hat seine preußisch-deutsche Politik gegen das eigene Parlament und gegen Oesterreich mit Blut und Eisen durchgesetzt getreu seiner Devise: die schlechteste Politik ist alle Mal die Politik der Feigheit. Jetzt hängt unser Schicksal davon ab, daß alle, die in der schwarz-roten Herrschaft das Unglück unseres Volkes sehen, den tapferen Männern folgen, die es wagen, den Stier bei den Hörnern zu packen und durch entscheidende Taten die Macht des Zentrums und der Sozialdemokratie zu brechen. B.

Es ist etwas gegen die Gewohnheit des Aufwärts, wenn er einer solchen Stimme Raum gibt, die ihren Vorschlag nach rein parteipolitischen Gesichtspunkten macht. Der Verfasser ist doch wohl im Irrtum, wenn er behauptet, die Schriftleitung des „Aufwärts“ vermeide es, bestimmte Vorschläge für eine Wandlung und Besserung unserer politischen und wirtschaftlichen Zustände zu machen. Tatsächlich sehen wir die Möglichkeit einer Reform, der ein einigermaßen zufriedeneres Deutschland werden läßt, nicht auf dem Wege einer Auseinandersetzung, wie ihn der Verfasser des vorstehenden Artikels vorschlägt. Besser wäre es schon, wenn ein anderer Roland käme. Es sollte zum mindesten alles versucht werden, einen Bürgerkrieg zu vermeiden, und das wäre möglich, wenn es nach den Vorschlägen des „Aufwärts“ ginge.

Die Schriftleitung.

Brünings Rückkehr.

— Berlin, 10. Juni.

Mit der Rückkehr des Reichskanzlers Dr. Brüning und des Reichsministers des Auswärtigen beginnt ein entscheidender Abschnitt der deutschen Politik. Zunächst handelt es sich darum, was mit der Revolution zu werden wird. Die Kritik, die folglich bei Bekanntwerden der Regierungsmaßnahmen geübt worden ist, ist in den letzten Tagen eher noch schärfer als schwächer geworden. Eine starke Strömung scheint ferner in parlamentarischen Kreisen für Abänderungen zu sein.

Klarheit über den weiteren Kurs der Reichsregierung wird sich natürlich erst nach der Rückkehr des Kanzlers und nach dem Empfang der Parteiführer gewinnen lassen. Die Abänderungswünsche scheinen vorerst im Kabinett auf Widerstand zu stoßen. Nach Ansicht der amtlichen Kreise soll eine Umarbeitung der Notverordnung derart mit Schwierigkeiten verbunden sein, daß ein Ende der Konzeption nicht abzusehen ist, außerdem beruft man sich darauf, daß ja die Abänderungswünsche der einzelnen Parteien sich gegenseitig widersprechen. Immerhin müßten sich selbst wesentliche Abänderungen durchsetzen lassen, wenn dadurch der finanzielle Ertrag nicht berührt wird.

Auf jeden Fall wird es Verhandlungen geben. Wie verlautet, wird das Reichskabinett am Donnerstag einen Bericht des Kanzlers und des Außenministers über ihre Besprechungen in England entgegennehmen, und im Anschluß daran wird sich der Reichskanzler nach Gut Neudeck begeben, um dort dem Reichspräsidenten, der dort einige Wochen zur Erholung weilt, gleichfalls über Chequers zu informieren. Nach der Unterrichtung des Kabinetts und des Reichspräsidenten beginnt der Empfang der Parteiführer, der sich vermutlich bis in die nächste Woche hinein hinziehen wird.

Vordringlich ist ferner das Vorwärtstreiben der Tributrevision. Mit platonischen Erklärungen und mit temperamentvollen Feststellungen ist in dieser Frage jetzt nichts mehr anzufangen. Das deutsche Volk verlangt praktische Maßnahmen, es will Taten sehen und sich davon überzeugen, daß mit stärkster Aktivität alle Maßnahmen ergriffen werden, um den Steinblock, der auf uns liegt, zu beseitigen. Man nimmt an, daß der Reichskanzler etwa drei Wochen „Vorbereitungszeit“ in Anspruch nehmen wird, so daß dann Ende des Monats entscheidende Schritte von Deutschland unternommen werden könnten.

Die im Ausland umlaufenden Gerüchte, die von der Forderung eines Transferratoriums, d. i.

eines Aufschubs in der Abführung der deutschen Tribute an das Ausland, sprechen, dürften falsch sein. Eine solche Maßnahme würde die Lösung der Krise nur aufschieben, so daß sie allein nicht genügen kann. Die finanzielle Hilfe aber, die wir brauchen, ist von einem solchen Moratorium nicht zu erwarten. Und darum kann ein solches Moratorium lediglich eine Notgelohe sein, die den Gläubigern zeigt, daß wir keine Verzögerung mehr in der Wiederaufrollung der Tributfrage ertragen können. Uebrigens erkennt auch die englische Presse offen an, daß Deutschlands Wirtschaftsmisere zu einer europäischen Gefahr geworden ist, so daß keine Zeit mehr verloren werden darf.

Welchen Weg man beschreiten wird, ist noch nicht klar. Eines steht jedoch fest: um eine deutsch-englische Angelegenheit wird es sich nicht handeln. Der Reichskanzler wird sehr bald auch mit Paris und Rom Fühlung nehmen, und wenn der englische Premierminister mit dem englischen Außenminister nach Berlin kommen, dürfte man bereits so weit sein, daß grundsätzlich eine internationale wirtschaftspolitische Ausprache vereinbart wird. Die Bank für internationale Zahlungen in Basel und ihr Mitglied, der englische Notenbankpräsident Montague Norman haben schon seit langem eine energische Aktion gefordert, um Europa aus der Krise herauszuführen. Anscheinend will sie auch jetzt das Heft in der Hand behalten. Dadurch würden die vielen politischen Hemmnisse, die bei der Domes- und bei der Youngkonferenz eine so tragische Rolle gespielt haben, hoffentlich wirklich einmal ausgeschaltet, wenn es an die Revisionsverhandlung geht. Es scheint, daß auch Reichsbankpräsident Dr. Luther Basel als den geeigneten Ausgangspunkt für eine rein finanzielle und wirtschaftliche Neuordnung des internationalen Schuldenproblems ansieht. Vor der Ankunft der amerikanischen Staatssekretäre Mellon und Simson wird man über grundsätzliche Dinge allerdings nicht hinauskommen. Aber diese Ankunft liegt nicht mehr in weiter Ferne. Dieser Sommer wird also eine Reihe großer außenpolitischer Entscheidungen bringen.

In der nächsten Woche wird der deutsche Botschafter in London mit Macdonald und Henderson den Termin für ihren Berliner Besuch vereinbaren, der vermutlich Ende Juli oder Anfang August stattfinden wird.

Die bevorstehenden außenpolitischen Verhandlungen werden die ganze Arbeit der Reichsregierung beanspruchen. Seit langer Zeit wieder einmal hat die Außenpolitik den Vorrang. Das bedeutet nicht, daß die Kritik an der Notverordnung verstummen müßte. Nur müßte diese Kritik praktische und bessere Gegenvorschläge enthalten.



des deutschen Botschafters, Freiherrn von Neurath, an Bord des englischen Torpedobootzerstörers „Winchester“, der die deutsche Delegation nach der Reede von Cowes brachte, von wo sie mit der „Europa“ die Heimreise antrat. Da im Kanal starker Nebel herrschte, verzögerte sich die Abfahrt. An Bord der „Europa“ befanden sich übrigens auch der Botschafter der Vereinigten Staaten in Berlin, Sackett, der von Washington zurückkehrte, und der Präsident der Columbia-Universität, Butler.

Beim Verlassen Englands sandten Reichskanzler und Außenminister Telegramme an den britischen Ministerpräsidenten. In dem Telegramm des Kanzlers heißt es:

Beim Verlassen des englischen Bodens möchte ich Ihnen nochmals sehr aufrichtig für die liebenswürdige Gastfreundschaft danken, die Dr. Curtius und mir selbst während unseres Besuchs in Chequers zuteil geworden ist. Sie dürfen versichert sein, daß wir uns der angenehmen Tage, die wir in Ihrem schönen Lande zugebracht haben, und des warmen Empfanges, der uns von der britischen Regierung und dem britischen Volke bereitet worden ist, stets sehr dankbar erinnern werden.

Seien Sie, mein lieber Premierminister, meiner aufrichtigen Ergebenheit versichert.

Nach Abschluß der deutsch-englischen Besprechungen empfing Staatssekretär Henderson die Botschafter Frankreichs und Italiens, um sie über die Besprechungen in Chequers zu unterrichten.

Das Echo der England-Fahrt.

Mit den möglichen Auswirkungen der Besprechungen von Chequers beschäftigt sich fast alle führenden Zeitungen des Auslandes. Der „Manchester Guardian“ weist dabei darauf hin, daß der Youngplan, der eine Milderung des Dawesplans sein sollte, jetzt schwerer auf Deutschland drücke als zuvor der Dawesplan. In dieser Beziehung ist die Politik der Vernunft fehlgeschlagen, und der Druck der Reparationszahlungen gehe weit über das hinaus, was die Sachverständigen vor zwei Jahren für die äußerste Grenze hielten.

Der „Daily Telegraph“ führt in einem längeren Artikel aus: „Die Tatsache, daß alle Beteiligten sogar noch größere Zurückhaltung gezeigt haben, als man erwartete, legt die Vermutung nahe, daß mehr geschehen ist, als ein Austausch von Informationen aus erster Hand. Selbstverständlich sei nichts Endgültiges vereinbart worden; denn die einzige vernünftige Art, diese finanziellen Fragen zu behandeln, bestehe in internationaler Beratung und Vereinbarung.“

Deutschland hat das Recht, für seine ungeklärten Zahlungen ein Moratorium zu beantragen, und Großbritannien und die anderen Kriegsschuldner haben ein ähnliches Recht. Eine umfassende Vereinbarung ist vonnöten, die es ermöglicht, durchzuhalten, bis die Weltlage sich bessert. Welchen Standpunkt Amerika einnimmt, muß Europa abwarten.

Der „Daily Herald“ schreibt: Die deutschen Minister sind sehr befriedigt von ihrem Besuch, so befriedigt, daß sie in naher Zukunft Macdonald und Henderson in Berlin zu begrüßen hoffen. Das ist nicht wenig. Es bedeutet den Abschluß eines Kapitels und den Beginn eines neuen Kapitels im Buche der englisch-deutschen Beziehungen.

Die französische Presse wertet den deutschen Besuch in Chequers als eine „Ermutigung für Deutschland“. „Temps“ meint dagegen, soweit man übersehen könne, habe Chequers praktisch nichts geändert. Die „Volonté“ schreibt, die Tatsache, daß Brüning und Curtius vom König empfangen wurden, ein Ereignis, das man in Frankreich historisch werte, nehme, wenn man bedenke, welcher Wert solchen Formlichkeiten in England beigemessen werde, eine außerordentliche Bedeutung an. Seit gestern sei der Graben, den der Krieg zwischen Deutsche und Engländer gezogen hatte, ausgefüllt worden.

Der Außenpolitiker des „Journal“ meint, Frankreich müsse auf der Hut sein, denn wenn man von ihm finanzielle Opfer verlange, weil es als reich gelte, werde man auch Abstrümpfungsopter verlangen, weil es als stark gelte.

Rein Transferratorium.

Amlich wird mitgeteilt:

Gegenüber Meldungen, nach denen die Reichsregierung in den nächsten Tagen bereits Beschlüsse bezüglich der Ankündigung eines Transferratoriums treffen würde, wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß diese Mitteilungen jeglicher Begründung entbehren. Die Reichsregierung hat keinerlei Beschlüsse gefaßt. Sie wird sich auch durch derartige Fehlmeldungen nicht zu voreiligen Handlungen drängen lassen. Es kann allerdings nicht verschwiegen werden, daß Informationen solcher Art geeignet sind, die Reichsregierung in ihrer Handlungsfreiheit zu beeinträchtigen und Schaden anzurichten.

Leuna-Prozeß eröffnet.

Ausschluß der Öffentlichkeit. — Wachsabdrücke beim Reinemachen.

— Leipzig, 10. Juni.

Der Vierte Strafsenat des Reichsgerichts eröffnete die Hauptverhandlung wegen der vor anderthalb Jahren aufgedeckten umfangreichen Werkpionage in den Leunawerken. Sogleich nach Eröffnung der Sitzung wurde auf Antrag des Reichsanwalts die Öffentlichkeit für die ganze Dauer des Prozesses ausgeschlossen, da man bei öffentlicher Verhandlung eine Gefährdung der Staatsicherheit befürchtete.

Zu verantworten haben sich der Dekonomieverwalter Amann, der Händler Becker, der Kaufmann Stay und der Reichswehrgefreite Albert Sarter wegen fortgesetzten Verrats militärischer Geheimnisse, begangen teils einzeln, teils gemeinschaftlich in den Jahren 1927 bis 1930 in Saarbrücken, Mainz, Ludwigshafen, Weiskensfeld, Wölsbittel, Hannover und anderen Orten, Frau Becker ebenfalls wegen Verrats militärischer Geheimnisse sowie wegen Diebstahls und Verrats von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen, der Reichswehrgefreite Paul Vollrath wegen Verrats militärischer Geheimnisse, der Bauingenieur Kühling-Weiskensfeld wegen verführten Landesverrats und schließlich der Bäckergehilfe Hauck und der Fleischer Altmann, wiederum wegen Landesverrats.

Die Angeklagten Amann und Becker werden außerdem beschuldigt, der Frau Becker Beihilfe zu ihren Straftaten geleistet und ebenfalls Verrat der Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse, die sie durch Frau Becker erlangt hatten, begangen zu haben. Als Sachverständiger des Reichswirtschaftsministeriums wohnt Oberstleutnant Hartmann der Verhandlung bei.

Der Angeklagte Becker, der 30 Jährig ist, hauptsächlich wegen Betrugs, verurteilt ist, macht geltend, daß er als Folge von verschiedenen Kriegsverletzungen und Verwundungen seine Straftaten „nicht im Vollbesitz der geistigen Gesundheit begangen habe“.

Ausgeführt wurde die Spionage dadurch, daß die mit der Aufräumung des Büros beauftragte Frau Becker beim Reinemachen nacheinander Wachsabdrücke von sämtlichen Behältern anfertigte, die wichtige Dokumente enthielten. Nach den Abdrücken hat dann der Chemiker, der seiner Frau eigens zum Zweck der Spionagetätigkeit den Posten einer Aufwärtlerin in Leuna verschafft hatte, bei einem Schlosser Schlüssel herstellen lassen. Nun war es der Frau leicht, an das geheime Material heranzukommen und ihrem Gatten nachliche Reproduktionen schriftlicher und photographischer Art zu ermöglichen.

* In Wien sind die Besprechungen über eine Revision des mit Südamerika bestehenden Handelsvertrages wieder aufgenommen worden.

Der Evangelische Bund in der Lutherprovinz

35. Generalversammlung des Evangelischen Bundes in Magdeburg — Das Evangelium in der Großstadt — Das Bekenntnis der Gebildeten — Das Gelübde der Jugend — Der Präsident des Bundes Ehrendoktor von Halle — Der Protestantentag von Magdeburg

Im Jahr 1831 versant Magdeburg, „unseres Herrgotts Kanzlei“, in den Wirren des 30jährigen Krieges in Schutt und Asche, weil es tren zum Evangelium gehalten hatte. Im Gedenken an dieses Bekenntnis der Väter hatte der Evangelische Bund, die größte Vereinigung des deutschen Protestantismus, seine diesjährige Generalversammlung vom 4. bis 7. Juni nach Magdeburg berufen. Ueberaus groß war die Zahl der Teilnehmer. Weiß man, daß der Evangelische Bund dem vielfachen Fragen und Verlangen unseres zu zwei Drittel evangelischen Volkes Antwort geben will? Hat man zu lange das evangelische Kirchenvolk auf seinen Staatsvertrag warten lassen? Wie dem auch sei — die Tagung des Evangelischen Bundes in der Heimatprovinz Luther wurde zu einem Protestantentag des deutschen Volkes.

His ins kleinste war die Tagung vom Präsidium und vom Magdeburger Zweigverein durch Pf. Frank vorbereitet worden. Auf überraschender Höhe standen Vorträge, Reden und Darbietungen. So behandelte u. a. Gen.-Sup. D. Schöttler „Die Sendung des Evangelischen Bundes an die Welt der Gebildeten“, Pf. D. Kreners (Bonn) das hochaktuelle Thema „Protestantismus und Nationalsozialismus“, der Präsident des Bundes, Ministerialdirektor i. R. Dr. Gense, gab einen trefflichen Überblick über die Lage. Er beklagte die falsche Neutralität des Staates gegenüber der Gotteslosen-Propaganda, wies hin auf die Fälschung des katholischen Volkstums in dem Kampf gegen das Antikristentum infolge der politischen Konstellation, er zeigte, wie die Behandlung des Staatsvertrages es zur unabwendbaren Forderung mache, daß der Gesamtprotestantismus in Deutschland sich noch viel enger verbinden müsse. Auch auf die Behandlung der Paritätsfrage in der Beamtenwelt ging er ein. — Lic. Dr. Schreiner behandelte die Aufgaben, die dem Evangelischen Bundes Freidenkerverband, Gottesloshund und Tannenbergsbund stellen. Stadtdirektor Dr. Neubauer entwarf ein lebendiges Bild der Zerstörung Magdeburgs vor 300 Jahren. Auch die Vorträge in den beiden öffentlichen Volksversammlungen in der Stadthalle zeigten, daß der Evangelische Bund die Zeichen der Zeit versteht. „Kraft und Adel evangelischer Geschichte“ verpflichten, so kündeten es die Pfarrer Frank (Magdeburg), Werner (Königsberg) und Gause (Bonn). „Das Evangelium unsere Wehr und Waffe“, so riefen es Gen.-Sup. Prof. D. Schöttler und Gen.-Rat Dr. Kunkel den Tausenden zu. Ins Reich der Töne führte die Musikalische Beisetzende in der Johannis-Kirche, wo Luther im Jahre 1524 durch eine Predigt die Herzen der Magdeburger gewann.

Entscheidend für die 35. Generalversammlung des Evangelischen Bundes war der Öffentlichkeitswille der Tagung; zweimal war die bis zu 6000 Menschen fassende Stadthalle bis auf den letzten Platz besetzt. Aus Halle, Berlin und Rostock nahmen über 200 Studenten mit 21 Fahnen an der Tagung teil. Im Namen der evangelischen Studenten grüßte der Sprecher der akademischen Jugend den Evangelischen Bund unter brausendem Beifall der Festversammlung. Der Rektor der Universität Halle-Wittenberg, Prof. Dr. Dr. Rubin, selbst ein Enkel vertriebener Juden, wünschte,

daß die Universität Halle-Wittenberg eine Waffenschmiede deutsch-evangelischen Geistes bleiben möge. Zahlreich waren die Grüße der höchsten kirchlichen Behörden, des preussischen Staates, der Vereine und Verbände. — Der öffentliche Festwille in den 17 Gottesdiensten am Sonntag. Allein im Dom waren über 3000 Menschen versammelt. Am Lutherdenkmal vor der Johannis-Kirche wurde ein Kranz niedergelegt. Vom Domplatz aus bewegte sich nach der durch Lautsprecher übertragenen Ansprache von Pf. Dr. Gense der mächtige Festzug, der in 6 Staffeln geordnet war, durch die fahnenumschmückten Straßen der Stadt, voran das Präsidium des Bundes, die mehr als 400 Abgeordneten aus allen Ecken Deutschlands, die Geistlichkeit, die kirchlichen Körperschaften, die Studenten mit Fahnen und in Wägen, die Jugendvereine mit ihren Wimpeln, die Schwesternschaft des Evangelischen Bundes, die Evangelischen Frauenverbände, der Königin-Luise-Bund, Arbeiter, Männer- und Kriegervereine, Jungdo, Stahlhelm, Kirchenchöre, die Konfirmanden, die Schüler in Mägen, Kindergottesdienste — mehr als 12000 Menschen vorüber an einer ungeheuren Menschenmasse, die zum Zepfentag nach Magdeburg gekommen war und Spalier bildete. Das Magdeburg von 1831 sah eine evangelische Heerschar, die alles, was bisher an kirchlichem Öffentlichkeitswille gesehen war, weit in den Schatten stellte.

Nicht minder eindrucksvoll war auch die Schlußkundgebung im Ehrenhof der Stadthalle. Wiederum hatten sich Tausende eingefunden, flügel umflossenen den Hof, wieder zogen die Studenten mit ihren Fahnen auf — ein herrliches Bild! „Das Reich muß uns doch bleiben!“ So kündeten es die Schlußredner Pf. Verck und Bundesdir. D. Fahrenhorst, so konnte man es aber auch auf allen Gesichtern der Teilnehmer lesen. Glaubensstärkung wollte diese Heerschar bringen und Öffnungsfreudigkeit geben in trüber Zeit. Sie hat beides vollbracht. Durch Tausende ist das große Ja gesprochen: „Wir wollen tren sein wie die Väter waren, tren zum Evangelium, tren zu Volk und Vaterland!“ Lutherlied und Deutschlandlied beschlossen den Protestantentag von Magdeburg.

Als äußere Festgabe konnte dem Bunde zu seiner Generalversammlung, in deren Rahmen unter dem Vorsitz von Sup. D. Sellwig auch die Provinzialversammlung tagte, die Summe von 27 220 RM. übergeben werden, wovon allein 15 000 RM. auf die Prov. Sachsen entfallen. — Mit der Goldenen Luthermedaille wurden drei Männer der Prov. Sachsen ausgezeichnet: Vizepräsident Dr. Dr. Wagner, Gen.-Sup. D. Eger und Pf. Frank, alle aus Magdeburg. Sicherlich bedeuten Massenkundgebungen dem Protestantismus nicht das Letzte, aber sie bedeuten etwas in dieser Zeit, wo alles zu wanken und zu schwanken scheint. Im Vertrauen auf deutschen Glauben, deutsche Treue und deutsche Art vertreiben Tausende von Besuchern den Ehrenhof; man erwartet den Zepfentag, der aller Augen in die Höhe riß und jubelnd begrüßt wurde. War das nur ein Zufall? Durch die Tagung sind Augen und Herzen vieler Menschen emporgeschoben worden. Der Protestantentag von Magdeburg, abgehalten in stürmischer Zeit, wird weiterleben in der Geschichte unserer Kirche und unseres Volkes!

Die Behördenangestellten bei Dietrich.

— Berlin, 10. Juni.

In einer Besprechung mit dem Reichsfinanzminister trugen Vertreter der Organisationen der Behördenangestellten ihre Bedenken gegen die neue Gehaltskürzung vor. Sie forderten eine Abänderung der Notverordnung dahin, daß auch die Behördenangestellten statt der Gehaltskürzung der Krisenlohnsteuer unterworfen werden sollten, falls eine neue Belastung nicht vermieden werden könne. Gleichzeitig wurde von den Organisationen die alsbaldige Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit bei den Reichsverwaltungen auf 48 Stunden als notwendig bezeichnet.

Evangelischer Arbeiterkongress.

Für Hebung der Kaufkraft. — Appell an die Abrüstungskonferenz.

— Essen, 10. Juni.

Im Anschluß an den 27. Vertretertag der evangelischen Arbeitervereine fand in Essen unter starker Beteiligung auch aus Holland, Dänemark und der Schweiz der zweite Internationale Kongress evangelischer Arbeitnehmerverbände statt. Der Vorsitzende, Reichsminister a. D. Dr. Koch, sprach über „Deutsche Not und Weltnot“, worauf Dr. Füllfrug-Berlin die internationale Verbindung von Not, Arbeit, Liebe und Evangelium betonte. Zum Thema „Weltarbeitslosigkeit, ihre Ursachen, ihre Wirkungen und ihre Beseitigung“ sprachen drei Referenten.

Nach Erstattung mehrerer Länderberichte fand einstimmig eine Entschließung zur Arbeitslosigkeit Annahme, die die Hebung der Kaufkraft durch sozialere Einkommensteuerverteilung fordert, sowie die Herstellung von Kontrollmöglich-

keiten durch Organe der Allgemeinheit und eine Regelung der Arbeitszeit, die den neuen technischen Möglichkeiten Rechnung trägt.

Den Schluß des Kongresses bildete die Annahme einer Entschließung, nach der sich der Kongress an die 1932 in Genf tagende Abrüstungskonferenz mit der dringenden Forderung wenden soll, alles zu tun, was nötig ist, um auf internationalem Wege eine tatsächliche Beschränkung der Militärausgaben herbeizuführen.

Volksentscheid am 9. August?

— Berlin, 10. Juni.

Wie verlautet, soll der Volksentscheid über die Auflösung des Preussischen Landtags am Sonntag, den 9. August, durchgeführt werden. Zuvor muß sich jedoch noch das Plenum des Preussischen Landtags mit dem Ergebnis des Volksbegehrens befassen. Geschehen soll das in einer für den 7. bis 10. Juli in Aussicht genommenen Sonder-tagung. Nach Lage der Mehrheitsverhältnisse im Preussischen Landtag rechnet man jedoch mit der Ablehnung der Landtagsauflösung durch das Parlament. Im Anschluß daran würden dann die Wähler selbst zu entscheiden haben.

Die Kritik an der Notverordnung.

Eine Rede des Reichsarbeitsministers.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald setzte sich in einem Interview mit der Kritik an der Notverordnung auseinander. Er führte aus, der Reichskanzler habe in den letzten Wochen mehreren Stellen gegenüber mit der größten Eindeutigkeit erklärt, die Erhöhung der Umsatzsteuer

in der gegenwärtigen Stunde würde seinen Rücktritt nach sich ziehen. Die Umsatzsteuer müsse referiert werden dafür, daß Komplikationen in der Reparationsfrage eintreten sollten, oder aber dafür, daß die Hauptsteuer der Länder, die Hauszinssteuer, weiterhin katastrophal zusammen-schrumpfe. Mit der sofortigen Inangriffnahme der Reichs- und Verwaltungsreform sei er für seinen Teil sehr einverstanden.

Unruhen in Hamburg.

45 kommunistische Demonstranten festgenommen.

In Hamburg und Altona kam es am Montagabend und in der Nacht zu Dienstag zu ersten Straßenunruhen. Die Kommunisten versuchten in verschiedenen Stadtteilen Demonstrationen zu bilden, gegen die die Polizei mit dem Gummiknüppel vorging. Etwa 45 Personen wurden festgenommen und dem Gericht zugeführt. Die Polizei richtet an das Publikum die dringende Mahnung, sich nicht aus Neugierde in Straßen und auf Plätzen aufzuhalten, in denen Polizeiorgane gezwungen sind, Säuberungsaktionen vorzunehmen.

Die Herde der Unruhen waren besonders die Stadtviertel Hammerbrook, Eimsbüttel, Barmbek. Sodann ganz besonders die Straßen um das Gängeviertel in der inneren Stadt in Hamburg. Dort war die Situation für die Polizei des öfteren außerordentlich bedrohlich, da die Demonstranten die Gaslaternen ausdrehten und der Straßenbahn Hindernisse auf der Fahrbahn aufbauten. Außerdem wurde auch versucht,

Stacheldraht über die Straßen zu spannen.

An mehreren Stellen verhinderte die Polizei Plün-derungen. In der Seinfstraße in Hamburg und auch in Altona sind die Fensterscheiben von Konfektions- und Lebensmittelgeschäften eingeschlagen worden. Am Zeughausmarkt in Hamburg und in der Großen Bergstraße in Altona mußten die Beamten Barrikaden, die aus Balken von Neubauten gebildet worden waren, von den Straßen wegschaffen.

Kurswechsel Amerikas?

Von der Presse erwartet. — Eingehende Besprechungen Stimons mit Hoover.

— Washington, 10. Juni.

Wie die Zeitungen melden, hatte Staatssekretär Stimson eine lange Unterredung mit dem Präsidenten Hoover, „aber weder über das Communiqué von Chequers noch über den Erlaß der deutschen Regierung sei ein Kommentar gegeben worden“. Immerhin sei es aufgefallen, daß der Staatssekretär keine Gelegenheit nahm, auf die amerikanische Auffassung hinzuweisen, daß zwischen Reparationen und Kriegsschulden kein Zusammenhang bestehe.

Die amerikanische Presse spricht teilweise bereits von einem bevorstehenden Kurswechsel der Regierung, besonders da Senator Borah erklärt hat, er sei nunmehr für eine Schuldenstreichung, vorausgesetzt, daß Europa wirklich abzurufen wolle. Man nimmt an, daß es sich hier um einen Versuchsbalken des Staatsdepartements handelt. Nach allen diesen Anzeichen dürfte Stimson mit der Notwendigkeit rechnen, sich auf seiner Europareise weniger zurückhaltend zu zeigen, als es vor dem Ausbruch des Reparationsproblems möglich schien.

Bethel.

Diakonentag in Hannover. Der 8. Deutsche Diakonentag, der bereits im Herbst vorigen Jahres in Hannover abgehalten werden sollte und seinerzeit verlegt werden mußte, ist nunmehr für die Zeit vom 7. bis 10. September dieses Jahres in Aussicht genommen. Die Tagung, die in Hannover stattfindet, dient der Vertiefung und beruflichen Förderung der Mitglieder des Deutschen Diakonverbandes.

Bethel.

— B.-K. Ältere Gruppe fällt heute (Mittwoch) aus.

— Christlicher Verein junger Männer.

Heute, Mittwoch, 8 Uhr Jungmännerkreis in „Ephrata“. „Botschaft und Sendung des C.V.M.“

Donnerstag, 8 Uhr Jungvolk in Gosen. Singen, Vorlesen.

Freitag 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in Gosen. Pflichtversammlung für alle Gruppen.

— Blaukreuz-Verein Bethel. Donnerstag abd. 8 1/2 Uhr Blaukreuzstunde in Gosen. Jeder ist herzlich eingeladen.

Schreibkette: B. Kraa; Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. G. Suttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Liebhaver-Photographen

decken ihren Bedarf in der

Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

Aluminium- u. Korbwaren



in guter, starker Ausführung fertigen an und empfehlen die

„Tiberias-Werkstätten“ d. Anstalt Bethel

Verlangen Sie bitte Preisliste.

Suche zum 1. Juli gebildetes jung. Mädchen

nicht unter 18 Jahren, als Haus-tochter mit vollem Familienan-schluß, schlicht um schlicht. Frau Viktor Memminger, geb. Bowninkel, Bielefeld, Salobusstraße 5.

Gläubiges, gesund., fleißiges, 17 oder 18jähriges

Mädchen

f. alle Arb. z. 1. 7. gef. Angeb. mit Lichtb., Zeugnisabschr. und Lohnford. an Frau Pfarrer Pipins, Rübeland (Harz).

Vorzüglichen

Erholungsurlaub

bietet das im Weserbergland gelegene Erholungsheim im Solling bei Dassel. Sehr schöne Höhen-lage, inmitten herrlicher Laub- und Fichtenwälder. Licht, Luft und Sonnenbäder. Gelegenheit zur Stille unter dem Wort Gottes. Ermäßigte Preise. Prospekte kostenlos. Anfr. an Friedr. Gramm.

In schöner Gegend Oberhessens finden Erholungssuchende

freundl. Aufnahme in Privathaus. Tagespreis bei guter Verpflegung (4 Mahlz.) 2.50 Mk. bis 3.— Mk. (Bahnstation) Wilhelm Krämer, Langsdorf (Oberhessen). Telefon und Bad im Hause.

Holsteinische Schweiz

Erholungsbedürftige jung. Mädchen finden jederzeit herzl. Aufnahme bei voll. Familienanschluß in vorn. ernst. christl. Hause. Erlernen des Haush. und feine Küche, Diätetik. Auf Wunsch Handarb. und Musik. Geleg. zu Sport und Kur. Monatl. Pensionspreis 100 Mk. Kurheim Uhlenhorst, Malente-Gremsmühlen.

Luftkurort

Allrode-Harz

Hotel und Pension zum weißen Roß Bester Sommeraufenthalt. Pension von 4.— an. Junge Damen, gute Erholung bei Erlernung d. f. Küche mon. 75.— RM.

Kleine christliche Privat-Pension

Otto Roth

Luftkurort Auerbach a. d. B. Villa, Garten. Sonnige Lage. Liege-halle. Bürgerl. Küche; Vegetar. und Rohkost. Bad im Hause. Preis Mk. 4.—, Mk. 5.— Unglückliche und Minderbemittelte haben Ermäßigung.

Braubach a. Wein

Christliches Erholungsheim nur für Erwachsene. Ruhiges, alkoholfreies Haus mit herrlicher Rheinaussicht. Besitzer August Friedrich und Frau Telefon 34. — Prospekte frei.

Der „Aufwärts“ liegt auf

im Evangel. Erholungsheim Haselberg a. Goldern, Berner Oberland, in herrl. windgeschützter Sonnenlage (1060 m) angelegt von Gletscher u. Schneebächen, mitten in Gärten, Wiesen u. Wäldern. Sorgfält. Verpflegung, traul. Familienleben. Tagespr. von 7 Fr. an. III. Prospekt vom Hausvater Dr. A. Burckhardt, Pf.

Durch Kontrolle des vereidigten Ge-meters Dr. Bobinus, Bielefeld, ist die Echtheit meines

Bienen-Büchsen-garant.

Honig

10 Pf. Dose 10.40 RM., vorwiegend Ake-Bienenbutter 12.30 RM., halbe Dose 5.90 RM. und 6.90 RM., 1 1/2 Pf. Dose 1.90 RM. und 2.10 RM. frei Haus. Nach 30 Pf. mehr. Gar. Rückgabe. 28. Krieger, Borgein 2, R. Seel. Dieser Honig ist auch in Spitz, vereidigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel, zu haben.